

Kreis Höxter



Haase zu Tesla: Bei Plänen nur Fragezeichen

Höxter/Warburg (WB). Die mögliche Ansiedlung des amerikanischen Großunternehmens Tesla in Warburg schlägt weiter hohe Wellen. Der heimische Bundestagsabgeordnete Christian Haase fordert, dass zunächst geprüft werden sollte, wie realistisch so ein Vorhaben überhaupt ist, bevor die Stadt Warburg viel Zeit und Geld in eine Bewerbung investiert: »Für eine sachliche Diskussion müssen wir jetzt erst einmal die nötigen Fakten sammeln.«

CDU-Politiker Haase: »Aus meiner Erfahrung als Bürgermeister der Stadt Beverungen weiß ich, dass eine fünfstellige Summe bei solch einer Bewerbung durchaus realistisch ist. Eine seriöse Debatte können wir nicht auf Basis von Social Media-Nachrichten des Tesla-Gründers Elon Musk führen.« In einer Welt der Fake-News solle man nicht jede Absichtserklärung auf Twitter für bare Münze nehmen. »Das gilt gerade auch mit Blick auf das seltsame Verhalten des Tesla-Chefs in jüngster Zeit«, so Haase.

Der erste Schritt müsse daher sein zu prüfen, wie ernsthaft die Überlegungen für eine Ansiedlung von Tesla in Deutschland überhaupt sind. Eigentlich sollte die Entscheidung über Teslas neue Gigafactory bereits Ende 2017 fallen. Auch ohne offizielles Ausschreibungsverfahren haben sich bereits hunderte Städte und Regionen ins Gespräch gebracht. »Die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Warburger Bewerbung ist gering«, gibt Christian Haase zu bedenken.

Dann müsse auch die Einschätzung der NRW-Landesregierung eingeholt werden. »Ohne die Unterstützung des Landes wäre ein solches Projekt gar nicht zu stemmen. Der Warburger Bürgermeister war hier richtigerweise aktiv. Die Antwort von Wirtschaftsminister Pinkwart bleibt nun abzuwarten«, berichtet Christian Haase. Außerdem sei es auch eine grundlegende Frage, ob man wirklich umfangreiche Subventionen zahlen möchte, um ein amerikanisches Großunternehmen nach Warburg zu locken, so Haase zur ursprünglich von der Kreis-SPD aufgeführten Tesla-Debatte.

Christian Haase warnt auch davor, das Vertrauen der regionalen Wirtschaft zu verspielen: »Unsere Mittelständler im Kreis suchen teilweise bereits jetzt händeringend Fachkräfte. Auch wenn durch die Ansiedlung von Tesla neue Arbeitnehmer in die Region ziehen würden, wäre die Konkurrenz für die heimische Wirtschaft ein echtes Problem. Mit den Gehältern eines Großkonzerns könnten kleine und mittelständische Unternehmen nicht mithalten.«



Tesla-Elektroautos sind heute gefragt. Foto: dpa

Leserbriefe an die WESTFALEN-BLATT-Redaktion

An das WESTFALEN-BLATT • Westerbachstraße 22 • 37671 Höxter
hoexter@westfalen-blatt.de (bitte E-Mail mit vollständigem Namen und Anschrift)

»Über Gartenschau neu entscheiden«

Will in Höxter wirklich eine Mehrheit der Bürger die millionenschwere LGS 2023?

Eine Leserin kritisiert den allgemeinen, aus ihrer Sicht viel zu unkritischen Tenor gegenüber der geplanten Landesgartenschau 2023 in Höxter. Wallsperrung, Eintrittspreise, hohe Kosten und der Eindruck, ganz Höxter stehe hinter der Bewerbung – dazu äußert sich die Leserin. Sie nimmt Bezug auf diverse Artikel der vergangenen Monate.

Ist es möglich, bei Umfragen unter der Bevölkerung die LGS betreffend auch einmal nicht nur und ausschließlich die befürwortenden Meinungen zu erfragen und zu drucken, sondern auch die ablehnenden, besorgten, skeptischen und teils auch verärgerten? Es gibt sie nämlich in großer Zahl. Es entsteht der Eindruck, dass ganz Höxter begeistert ist von diesem fraglichen Vorhaben. Will wirklich die große Mehrheit der

pro Tag oder Dauerkarte) ein Eintrittsgeld erheben. Ich nehme an, dass die Planer fest mit diesen Geldern rechnen. Das – meine nicht nur ich – sollte man noch einmal gründlich überdenken: In unserer eigenen Stadt werden Straßen und Wege gesperrt und mit Eintrittsgeldern belegt, für die wir ohnehin schon Steuern zahlen.

»Bürgermeister Fischer machte klar, dass es keine Freikarten oder ermäßigte Eintrittstickets für Bürger der Stadt geben werde«, war im WB und in der Huxaria am 25. April 2018 zu lesen. Eine Sperrung sei zumutbar, hieß es. Warum nicht? »Man könne eine solch umfangreiche Wallsperrung für die Zeit der Gartenschau den Höxteranern zumuten«, sagte Fischer gegenüber der Kaufmannschaft. Die LGS werde ein großer Wert für Höxter, alle Bürger hätten dauerhaft etwas davon. Umwege und Wegsperrungen über sechs Monate müssten hingenommen werden. Was oder wer berechtigt Herrn Fischer zu dieser Annahme und »Zumutung«, die es im wahrsten Sinne des Wortes ist. Eigentlich eine Unverschämtheit ohnegleichen, dieses Ansinnen.

Und was werden wir Bürger denn alle dauerhaft davon haben? Noch höhere Schulden, wie es in Bad Lippspringe ist? Trotz jahrelangen Kampfes gab es lange kein Geld für ein neues Bad, was die Kreisstadt für alle derzeitigen und neuen Bewohner (junge Familien) wirklich attraktiver machen würde. Die Anlagen müssen auch nach der Gartenschau gepflegt und erhalten werden. Woher werden diese Gelder kommen?

Zur Weserbrücke berichtete der Bürgermeister, dass er davon ausgehe, dass diese 2023 wieder voll



Viele kritische Stimmen gibt es in Höxter zu der geplanten Teilspernung der Wallanlagen während der LGS 2023. Spaziergänger fürchten um ihre gewohnten Freiheiten. Foto: Michael Robrecht

nutzbar sei. »Wenn das Land sage, Höxter sei in der Lage, Landesgartenschau zu sein, dann lässt uns das Land sicher nicht mit einer kaputten Brücke allein. Versprechen könne die Stadt in Sachen Brücke aber nichts«, wird der Bürgermeister in den Medien zitiert. Was für eine Planung! Eventuell immer noch eine kaputte Brücke, aber an Spitzentagen wird

mit bis zu 9000 Besuchern bei der LGS gerechnet? Nun, der Bürgermeister hofft – das ist doch auch schon 'mal etwas! Oder?

Noch ist genügend Zeit, verschiedene Dinge betreffs Planung LGS zu überdenken und dann wirklich im Sinne der Mehrheit der Bürger neu zu entscheiden.

ANNEMARIE TOMASZEWSKI
Höxter

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar; sie werden aus Zuschriften, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

»Keinen Stein gesehen«

B83-Sperrung und Felsen-Sanierung: Das dauert viel zu lange

Die Vollsperrung der B83 im Wesertal – jetzt bis 2020 – ärgert viele Autofahrer. Zu den Berichten und dem Wochenendkommentar »Diese Woche« vom 8. September diese Zeitschrift:

Scheinbar läuft im Straßenbau in Deutschland nichts mehr wie es war. Die Sperrung der B83 ist nur eines von vielen Beispielen. Da hat die Niedersächsische Landesbehörde schon seit längerer Zeit die B83 gesperrt mit der Begründung, dass durch herabfallende Steine Verkehrsteilnehmer ernsthaft gefährdet werden. Und vor Pfingsten wurde die Straße gesperrt, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen sofort beginnen zu können. Getan hat sich aber bisher, also seit Monaten, so gut wie nichts. Gelegentlich sieht man mal einen Arbeiter vor Ort. Von Arbeiten an der Steilwand ist zurzeit so gut wie nichts zu sehen. Von wegen mit Hochdruck werde an dem Problem gearbeitet. Das stimmt nicht.

Die Kritik der Anwohner wurde von Markus Brockmann (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr) dahingehend abgeblockt, dass er niemand durch Lebensgefahr auf der B83 fahren lassen werde. Ich fuhr 30 Jahre lang auf dieser Straße und noch niemals habe ich einen größeren Stein auf der Fahrbahn liegen sehen. Mit der gleichen Begründung könnte man sehr viele Alpenpässe erst mal schließen. In diesen Regionen sind dann lediglich Schilder aufgestellt, die auf drohenden Steinschlag hinweisen und Aufmerksamkeit erfordern. Passieren kann immer etwas. Ein Baum kann auf die Fahrbahn fallen. Dann müsste man alle Stra-



Die B83 bei Polle, Lebensader des Wesertals, bleibt bis weit ins Jahr 2020 gesperrt.

ßen durch Wälder sperren, um ein solches Malheur auszuschließen.

Ich habe meist ein ungutes Gefühl unter einer Autobahnbrücke hindurchzufahren, wenn ich Personen auf der Brücke sehe. Die könnten Steine werfen. Soll man deshalb alle Brücken sperren? Eine Methode scheint sich in Deutschland durchzusetzen: Zuerst wird gesperrt, dann monatelang gewartet und dann bekannt gegeben, dass zuerst die Prüfung durch einen Statiker erfolgen muss, bevor durch eine anschließende Ausschreibung eine Arbeitsvergabe erfolgt und dann erst mit den erforderlichen Arbeiten begonnen wird. Das dauert Monate und wie man sieht in Höxter bei der maroden Weserbrücke vielleicht auch Jahre. Das ist nicht nur eine Zumutung, sondern bringt auch ständige Mehrkosten für Pendler und Lieferanten mit sich. Die müssen halt für die Versäumnisse der öffentlichen Ver-

waltung erhalten. Dass dabei auch eine höhere Luftverschmutzung durch den Umweg entsteht und Lärmbelastigung für die betroffenen kleinen Dörfer, wird erst gar nicht in Betracht gezogen. Auch nicht verlängerte Fahrzeiten mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Dass die schmalen und kurvenreichen und steilen Straßen auf die Ottensteiner Hochebene für diesen Verkehr gar nicht geeignet sind, interessiert die Sachbearbeiter der Straßenbehörde scheinbar ohnehin auch nicht. Wenn sich hier Fahrzeuge begegnen, wird es eng und gefährlich, da die Kurven oft sehr unübersichtlich sind. Es reicht schon ein moderner großer Traktor und ein Überholen ist unmöglich. Auch das Argument, eine halbseitige Sperrung führe zu unnötiger Bauverzögerung, zieht nicht. Die Verzögerung ist ja schon entstanden ohne Bauarbeiten. Die vier Monate für die Beseitigung der größten Witterungsschäden könnte schon längst erledigt sein. Und dann könnte man auch mit einer halbseitigen Sperrung leben. Nur, wenn gar keiner oder nur wenige Leute am Hang arbeiten, ist eine lange Sperrung schon vorprogrammiert.

Auch das Argument, dass im Winter keine Sicherungsarbeiten vorgenommen werden können, zieht nicht. Die letzten Winter waren alle mild und standen Arbeiter nicht im Wege. Wenn unsere Vorfahren so gebaut hätten (noch mit Hacke und Schaufel) dann hätten wir bis heute kein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Die Bundesrepublik entwickelt sich zur Lachnummer beim Bau. Nichts klappt mehr.

HERMANN BUSCH
Höxter-Bosseborn

Kreis hat seinen Beitrag geleistet

Nicht noch mehr Windräder

Dieser Leserbrief ist eine Reaktion auf den Artikel »Der Kreis Höxter betreibt Windkraft-Verhinderung« vom 12. September.

Beim Lesen des Interviews mit Kerstin Haarmann vom Regionalverband Erneuerbare Energien fiel mir spontan diese Redewendung »Wessen Brot ich ess«, dessen Lied ich sing!« ein. Frau Haarmann übt scharfe Kritik an der Windkraftpolitik im Kreis Höxter. Sie ist der Meinung, hier werde eine Windkraftverhinderungsplanung betrieben. Für den Kreis Höxter werden noch große Ausbaupotenziale gesehen. Es war für mich offensichtlich, dass Haarmann ihre Aussage nach den Interessen derjenigen ausgerichtet hat, von denen sie durch ihre berufliche Tätigkeit abhängig ist. Eine objektive Formulierung ihrer Beurteilung im Kreis Höxter kann ich nicht erkennen.

Auf der Internetseite des Kreises Höxter ist zu lesen: »Die Erneuerbaren Energien deckten im Jahr 2016 einen Anteil von 70 Prozent am gesamten Stromverbrauch im Kreis Höxter ab.« Somit hat der Kreis Höxter mit 70 Prozent Stromgewinnung aus Erneuerbaren Energien bereits im Jahr 2016 das von der Bundesregierung gesetzte und durch die Landesregierung angestrebte Ziel von 65 Prozent im Jahr 2030 weit vor der Zeit erreicht. Einige Windenergieanlagen (WEA) sind noch in der Planung, im Neubau oder im Umbau durch Repowering. Die vom Kreis Höxter veröffentlichten Zahlen stammen aus 2016. Die Zahlen

werden sich also noch nach oben zu gegebener Zeit korrigieren. Mit weiteren Neuplanungen von WEA und auch Umbau durch Repowering sollte es nun aber genug sein. Denn auch WEA haben Einfluss auf die Gesundheit der hier lebenden Menschen, auch wenn dies oft von Befürwortern der Windenergie bestritten wird. Eine geringe Bevölkerungsdichte von nur 119 Einwohner je km² im Kreis Höxter rechtfertigt nicht das Zufußflattern der Landschaft mit Windrädern.

Strom lässt sich nicht so einfach speichern. Für mich macht es aber auch keinen Sinn, dass an Tagen, an denen besonders viel Energie durch Wind- und Solarzellen erzeugt wird und zu viel davon im Netz vorhanden ist, Deutschland überflüssigen Strom ans Ausland verschenkt. Pumpspeicher sind derzeit die dominierende Technik zur Speicherung des erzeugten, aber nicht benötigten Stroms. Die Entscheidung, das geplante Pumpspeicherkraftwerk in Amelunxen aufzugeben, sollte noch einmal überdacht werden. Solange es keine Speichermöglichkeiten gibt: Hände weg von weiteren WEA-Planungen!

Die Landschaft des Kreises Höxter gehört zu den schönsten Mittelgebirgslandschaften. Neben dem Weißstorch und Schwarzstorch leben hier auch seltene und vom Aussterben bedrohte Vögel wie zum Beispiel der Rotmilan und Uhu. Voller Sarkasmus stelle sich mir die Frage: Wie lange noch?

MARIANNE WINKELHAHN
Höxter-Ovenhausen